



25 Jahre Bilaterale – Ein zentraler Wohlstandsfaktor

Seit Unterzeichnung der Bilateralen I vor genau 25 Jahren hat sich die Schweiz wirtschaftlich positiv entwickelt. Der Wohlstand pro Kopf hat stark zugenommen, die Reallöhne sind trotz zahlreicher Krisen stärker gestiegen als in den 90er-Jahren und die Arbeitslosigkeit verharrt heute auf sehr tiefem Niveau. Damit die Exportnation Schweiz auch in Zukunft prosperieren kann, ist es wichtig, den bilateralen Weg mit der Europäischen Union (EU) zu sichern und weiterzuentwickeln.

Am 21. Juni 1999 haben die Schweiz und die EU das Vertragspaket der Bilateralen I verabschiedet. Exakt 25 Jahre später lässt sich feststellen: Die Schweiz hat sich über diesen Zeitraum wirtschaftlich positiv entwickelt. Zu diesem Erfolg haben die bilateralen Verträge einen zentralen Beitrag geleistet.

Der Wohlstand pro Kopf hat seit 1999 zugenommen

Produktivität, Wohlstand und Freizeit haben in den letzten Jahren stetig zugenommen, und zwar nicht nur im Total in der Schweiz, sondern auch pro Kopf. Dies hat [economieuisse](#) in einem umfassenden [Dossierpolitik](#) klar dargelegt. Das hängt auch damit zusammen, dass mit den Bilateralen I und II viele Handelshemmnisse zwischen der Schweiz und der EU weggefallen sind. So konnte sich das Warenhandelsvolumen zwischen der Schweiz und der EU seit 1999 beinahe verdoppeln.

Seit Unterzeichnung der Bilateralen I im Jahr 1999 ist das reale (inflationsbereinigte) BIP pro Kopf in der Schweiz um 25% gewachsen. In absoluten Zahlen bedeutet dies: Die Bevölkerung ist pro Kopf im Durchschnitt um 18'123 USD reicher geworden. Diese Wohlstandszunahme ist fast doppelt so hoch wie in Deutschland und beinahe drei Mal so hoch wie in Frankreich.

Die Behauptung, die Schweizer Bevölkerung habe wenig vom Wirtschaftswachstum profitiert und unser Land sei nur aufgrund der Zuwanderung gewachsen, ist also klar falsch. Ein wesentlicher Teil des Wachstums konnte die Schweiz durch eine höhere Arbeitsproduktivität erzielen. Diese positive Entwicklung wurde unter anderem durch die Bilateralen und die Personenfreizügigkeit begünstigt.

Die Reallöhne in der Schweiz sind stärker gestiegen als in den 90er-Jahren

Auch die Löhne haben sich seit Einführung der Bilateralen I positiv entwickelt. Der durchschnittliche Schweizer Reallohn ist von 2002 bis 2022 um 0,5 Prozent pro Jahr gestiegen (Quelle: [19. Observatoriumsbericht zum FZA, 2023](#)). Wenn man sich vor Augen hält, dass in diese Zeit auch die Finanzkrise, die Zeit der Frankenstärke, die Covid-Krise, der Ukraine-Krieg und die zuletzt noch hohe Inflation fallen, ist das ein guter Durchschnittswert. Zum Vergleich: In den zehn Jahren vor Inkrafttreten der Bilateralen I stiegen die Reallöhne nur um 0,2 Prozent pro Jahr.

Die hiesigen Durchschnittslöhne nehmen auch kaufkraftbereinigt in Europa seit Jahren einen Spitzenplatz ein. Nur in Norwegen und Luxemburg kann man sich mit dem Lohn mehr leisten als in der Schweiz. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit haben sich die Lohnunterschiede in Europa zugunsten der Schweiz weiter erhöht.

Die Arbeitslosigkeit verharrt heute auf sehr tiefem Niveau

Seit Inkrafttreten der Bilateralen I werden die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den inländischen Arbeitsmarkt sehr genau beobachtet. Die entsprechenden [Statistiken](#) des Bundes zeigen, dass es um den Schweizer Arbeitsmarkt sehr gut bestellt ist. So verzeichnete die Schweiz im Jahr 2022 mit 2,2 Prozent die tiefste Arbeitslosenquote seit über 20 Jahren.

Gleichzeitig greift der Arbeitskräftemangel immer stärker um sich: Viele offenen Stellen können nicht mit Inländern besetzt werden, weil sich schlicht keine mehr finden lassen. Dies gilt sowohl für hoch- als auch tiefqualifizierte Jobs. Die Bedeutung von Personen aus der EU, von denen über 80% direkt in den Arbeitsmarkt einwandern, ist und bleibt daher zentral für eine funktionierende Schweiz. Umso mehr, weil die Erwerbsbevölkerung in der Schweiz aufgrund des demographischen Wandels ohne Zuwanderung weiter schrumpfen würde. Auch dazu hat [economiesuisse](#) ein [Dossierpolitik](#) veröffentlicht.

Bilateraler Weg mit der EU muss gesichert und weiterentwickelt werden

Unser Land ist dank der wirtschaftlichen Offenheit reich geworden. So verdient die Exportnation Schweiz zwei von fünf Franken im Handel mit dem Ausland. In der Industrie wird gar jeder zweite Franken im Ausland verdient. Die Hälfte der Schweizer Warenexporte gehen in die EU, unserer wichtigsten Handelspartnerin. Damit wir die 450 Millionen Kundinnen und Kunden in der EU auch in Zukunft hindernisfrei mit Schweizer Exportgütern beliefern und zu bestmöglichen Bedingungen Vorprodukte importieren können, ist die Teilnahme der Schweiz am europäischen Binnenmarkt ein zentraler Wohlfaktor. Gerade für die unzähligen **exportorientierten KMU**, die wesentlich am Erfolg der Exportnation Schweiz teilhaben, bleibt die EU der wichtigste Zielmarkt. Drittmärkte in Übersee sind für KMU hingegen mit viel grösseren Risiken und Handelshemmnissen verbunden und können die EU daher ergänzen aber nicht ersetzen.

Die Welt ist nicht mehr dieselbe wie Ende der 90er-Jahre, als die Bilateralen I unterzeichnet wurden. Das wirtschaftliche Umfeld für die Volkswirtschaft Schweiz wird zunehmend rauer. Geopolitische Spannungen verschärfen sich, Handelskonflikte eskalieren immer weiter und der Multilateralismus inklusive regelbasiertem Handel ist stark unter Druck. Umso wichtiger ist es, die bilateralen Beziehungen zur wichtigsten Partnerin EU zu sichern und weiterzuentwickeln. Wir müssen den bilateralen Erfolgsweg weitergehen.